



Argumente zur Ablehnung der „Haltung“ und der „Jahresziele“ für den „Masterplan Integration in Arbeit“

### **Haltung:**

Die Haltung besteht zum überwiegenden Teil aus allgemeinen Aussagen, die die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung unterstützt. Einige Beispiele aus der Haltung sind:

„Die unantastbare Würde eines jeden Menschen“, „Integration erfordert Zeit, Geduld, Offenheit und Ressourcen“, „auf Basis der Werte unseres Grundgesetzes wollen wir die zuwandernden /geflüchteten Menschen willkommen heißen“ oder „wir begegnen einander mit Respekt und Wertschätzung“.

Diese Allgemeinsätze sind so selbstverständlich, dass man sie nicht in einer Haltung wiederholen braucht. Darüber hinaus werden in der Haltung zwei Thesen aufgestellt, die die CDU-Kreistagsfraktion sich unkommentiert nicht zu eigen machen möchte. Diese Thesen betreffen den Familiennachzug und die Tatsache, dass Migration zum Normalfall wird. Allerdings wurde in den Ausschüssen von der Kreisbeigeordneten Frau Lück ausgeführt, dass eine Veränderung der Haltung nicht gewünscht sei, weil es sich um Kompromisspapier eines Workshops handele. Somit blieb der CDU-Kreistagsfraktion nur die Ablehnung der Haltung.

### **Jahresziele:**

Insgesamt wurden sechs Ziele formuliert, zweimal Sprache, Wohnen, Ausbildung, Betreuung und Frauen. Außerdem wurden zu jedem Ziel Maßnahmen formuliert, wie die Ziele erreicht werden sollen. Allerdings sind in den meisten Fällen die Maßnahmen nicht geeignet, die Ziele zu erreichen.

Beispiele dafür sind:

Ziel Sprache 2: „In jeder Kommune gibt es einen (*Sprach-*)Kurs mit Kinderbetreuung, wenn der Bedarf angezeigt ist“; Maßnahme: „Finanzierungsmöglichkeiten ausloten“. Selbst wenn es gelingen würde, die Finanzierung der Kinderbetreuung und der Sprachkurse vor Ort sicherzustellen, bedeutet das noch lange nicht, dass es in den jeweiligen Städten und Gemeinden auch ausreichend freie Betreuungsplätze für Kinder gibt.

Ziel Wohnen: „Überblick über verfügbare Grundstücke für sozialen Wohnungsbau“;

Maßnahme „Veranstaltungen für Bürger, (von *Dritten*) gesponserte Werbemaßnahmen für sozialen Wohnungsbau“. Es ist in der Ausschussberatung völlig offen geblieben, wie die Veranstaltungen für Bürger aussehen sollen. Davon abgesehen, ist selbst, wenn man wider Erwarten an die Informationen gelangt, welche Grundstücke eventuell für sozialen Wohnungsbau verfügbar sind, noch lange nichts gebaut. Der Landkreis ist mit seiner Idee einer kreiseigenen Gesellschaft für sozialen Wohnungsbau krachend gescheitert. Auch diese Maßnahme wird nicht zur Erreichung des Ziels führen.

Die Liste der „Mängel“ lässt sich fortführen. Entlarvend war aber die Aussage von Kreisbeigeordneter Frau Lück man habe derzeit im Haushalt keine Mittel für die Maßnahmen zur Erreichung der Ziele eingestellt. Somit kann man unterstellen, dass es überhaupt nicht die Absicht seitens des Landkreises gibt, die Ziele zeitnah zu erreichen.

Da weder die Maßnahmen zur Erreichung der Ziele führen, noch Mittel für die Zielerreichung vorgesehen sind, hat sich die CDU-Kreistagsfraktion entschlossen, auch diesen Punkt abzulehnen.